

## Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten: Auszug über die transatlantischen Beziehungen

**Legende:** In seinen politischen Memoiren kommentiert Willy Brandt, ehemaliger deutscher Bundesaußenminister (1966-1969) und Bundeskanzler (1969-1974), eine Rede über die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die Henry Kissinger, nationaler Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, am 23. April 1973 gehalten hat.

**Quelle:** BRANDT, Willy. Begegnungen und Einsichten, Die Jahre 1960-1975. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976. ISBN 3-455-08979-8. p. 370-371.

**Urheberrecht:** Willy Brandt

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/willy\\_brandt\\_begegnungen\\_und\\_einsichten\\_auszug\\_uber\\_die\\_transatlantischen\\_beziehungen-de-4916a997-a571-4a9a-ab0b-925fdd62abfe.html](http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_begegnungen_und_einsichten_auszug_uber_die_transatlantischen_beziehungen-de-4916a997-a571-4a9a-ab0b-925fdd62abfe.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten*

[...]

Überdies war Nixons und Kissingers »Jahr Europas« weder mit uns abgestimmt noch konnte es sonst eine geglückte Operation genannt werden. Als einer, der sich seit Jahr und Tag für ein geordnetes Verhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten eingesetzt hatte, empfand ich die Querelen aus und mit Washington als besonders deprimierend.

Hier zeigten sich bedauerliche Widersprüche der amerikanischen Europapolitik. Einerseits hatte Washington über die Jahre hinweg immer wieder den Zusammenschluß Westeuropas empfohlen, ja gefordert, und zutreffend festgestellt, daß er zu einem stabilisierenden Faktor der Weltpolitik werden würde. Andererseits schien es in der Praxis wohl viel einfacher zu sein, mit einer Reihe europäischer Klein- und Mittelstaaten umzugehen, statt sich deutlicher auf den Faktor Westeuropa einzustellen.

In wirtschaftlicher Hinsicht fürchteten die Amerikaner zu Unrecht, daß der Gemeinsame Markt ihnen einen Preis abverlange; sie hatten sich überflüssigerweise in die Vorstellung verstiegen, daß man ihnen diesen Preis nur abverlangen dürfe, wenn man eine entsprechende politische Gegenleistung bringe. In Wirklichkeit wurde der Gemeinsame Markt direkt und vor allem indirekt - nämlich wegen der profitablen Investitionen - zum besten Handelspartner für die Vereinigten Staaten.

Kissingers April-Rede hatte in London - wo man sie entweder besser verstand oder nicht so ernst nahm - ein eher zustimmendes Echo gefunden. In Paris war man mißtrauisch gegen den Versuch, Wirtschaft und Strategie miteinander zu koppeln. Ich war weder begeistert noch überzeugt, doch ich bemühte mich - schon bei meinem Washington-Besuch Anfang Mai - um einen behutsamen Kompromiß zwischen Sicherung des Dialogs und Abwehr von Zumutungen. Gegen eine Bestätigung oder auch Neufassung der Ziele atlantischer Zusammenarbeit war nichts einzuwenden, aber von zentraler Bedeutung blieb für mich das Verhältnis zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten. Deshalb konnte ich den europäischen Partnern nur raten, die improvisierten Vorschläge aus Washington nicht unkritisch zu übernehmen.

In den folgenden Monaten habe ich die Regierungen unserer westeuropäischen Nachbarn immer wieder gemahnt, bei ihren Reaktionen auf Kissingers Politik darum bemüht zu bleiben, europäische und amerikanische Interessen soweit wie möglich aufeinander abzustimmen. Als Kissinger im Juli in Bonn war, zeichnete sich auch schon eine beträchtliche - und wenn ich mich recht erinnere: nicht nur taktisch bedingte - Annäherung der Standpunkte ab. Mitte September verständigten sich die neun Außenminister auf eine Reihe von Grundsätzen für die Antwort an die Amerikaner. Dann kam der Nahostkrieg. Das Thema wurde bei dem Gipfeltreffen im Dezember wieder aufgegriffen, und ein halbes Jahr später wurden - ohne viel Dramatik - die neuen Texte verabschiedet, die sich teils auf die Allianz, teils auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den USA bezogen. (Durch den Luxemburger Beschluß vom Juni 1974 verpflichteten sich die neun Regierungen, einzeln oder gemeinsam die USA in allen Fragen von gemeinsamem Interesse zu konsultieren. Und Ende des gleichen Monats bestätigten die Regierungschefs der NATO-Staaten, unter Teilnahme von Nixon, auf einer Sitzung in Brüssel die neue Atlantik-Deklaration.)

[...]